

Votum von Patrick Blöchlinger (SD) in der Wohnungs-Debatte vom 27. Januar 2010

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Unser Heimatboden ist nicht dazu da, dass ein paar wenige ihn dazu benützen können, dem Rest der Bevölkerung einen möglichst grossen Teil ihres Arbeitseinkommens aus dem Sack zu ziehen. Darum stehen wir Schweizer Demokraten dafür ein, dass in dieser Stadt möglichst viele Wohnungen nicht gewinnorientiert vermietet werden. Das muss immer mehr der Regelfall werden, und zwar nicht nur für die sozial schwächeren Schichten, sondern – mit Ausnahme von Personen mit Luxusansprüchen – für alle, denn das Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wir stimmen darum den traktandierten Motionen mit den Nr. 9, 10, 12 und 13 von Jacqueline Badran zu.

Die traktandierete Motion Nr. 11 müssen wir ablehnen. Wir sind absolut dagegen, ausserhalb der Stadt sogenanntes Bauland zu verkaufen und damit die Verbetonierung der Landschaft noch stärker zu fördern.

Was wir ganz allgemein nicht unterstützen können, ist eine Ausweitung des Gesamtangebots an Wohnungen. Damit werden nur Zuzüger nach Zürich gelockt und die Übervölkerung, aber auch die Überfremdung noch weiter verschlimmert. Allenfalls wird noch der Flächenverbrauch pro Person weiter gesteigert, was in unserem übervölkerten Land auch nicht erwünscht sein kann. So hat die ganze irrwitzige Bauerei in Zürich-Affoltern und an anderen Orten weder gegen die Wohnungsknappheit noch gegen das zu hohe Niveau der Mietpreise irgend etwas genützt.

Ganz klar ist für uns Schweizer Demokraten auch, dass gebürtige Schweizerbürger, Neubürger, niedergelassene Ausländer und solche mit Aufenthaltsbewilligung in dieser Reihenfolge den Vorrang untereinander und vor allem gegenüber Neueinwanderern haben müssen. Gar keine Wohnungen sollten an nicht assimilierbare Zuwanderer aus exotischen Ländern abgegeben werden. Dass die Regierungsparteien das nicht einsehen wollen, kann aber für uns kein Grund sein, das nicht profitorientierte Wohnungswesen zu bekämpfen. Damit würden wir unsere Miteidgenossen für die falsche Migrationspolitik der Regierung bestrafen.